

Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haushalte durch Wohnungsausgaben

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiegand, E. (1989). Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haushalte durch Wohnungsausgaben. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 2, 10-14. <https://doi.org/10.15464/isi.2.1989.10-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

diesem Zeitraum verringert, dagegen ist die Kluft zwischen Jung und Alt deutlich größer geworden.

»Inequality in Sweden« stellt zum einen ein Nachschlagewerk dar, das die Diskussion um soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, die in der schwedischen Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert einnimmt, mit den notwendigen Informationen versorgt.

Zum anderen — und unter diesem Gesichtspunkt dürfte die Publikation auch für ein nicht-schwedisches Publikum von großem Interesse sein — vermittelt das Werk einen hervorragenden Eindruck

davon, wie die schwedische Wohlfahrtsforschung mit Hilfe des »level of living« Ansatzes vorgeht und ihre Funktion als Kontrollinstanz der Sozialpolitik wahrnimmt.

Vogel, Joachim/Andersson, Lars-G./Davidsson, Uno/Häll, Lars: *Inequality in Sweden. Trends and Current Situation. Living Conditions 1975 - 1985.* Stockholm (Statistics Sweden) 1988. (Living Conditions Band 58) - ISBN 91-618-0145-3, ISSN 0347-7193.

Sabine Kleebar
(Tel.: 0621/18004-16)

Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haushalte durch Wohnungsausgaben

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum wurde seit Bestehen der Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt ausschließlich dem Marktmechanismus überlassen. Vielmehr wurde immer versucht, mit verschiedenen Instrumenten und Maßnahmen das Ergebnis des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in politisch erwünschter Weise zu beeinflussen. Ein Großteil der wohnungspolitischen Interventionen zielt darauf ab, die mit einem angemessenen Versorgungsniveau verbundenen Wohnungsausgaben der privaten Haushalte zu regulieren. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht daher die Entwicklung der tatsächlichen Einkommensbelastung durch Wohnungsausgaben sowohl aller privaten Haushalte als auch verschiedener sozialer Gruppen und Haushaltstypen. Daran anschließend wird die Entwicklung einiger zentraler Dimensionen der Wohnungsversorgung nachgezeichnet, die neben anderen Faktoren die Höhe der Wohnungsausgaben beeinflussen.

Die relative Mietbelastung, d.h. der Anteil der Wohnungsausgaben am Haushaltsnettoeinkommen, ist im Durch-

schnitt aller privaten Haushalte seit 1960 von acht Prozent nahezu kontinuierlich auf gegenwärtig ca. vierzehn Prozent ge-

stiegen (vgl. Tabelle 1). Der Begriff Wohnungsausgaben umfaßt in der hier verwendeten Definition die Mietausgaben einschließlich der Nebenkosten sowie die fiktiven Kosten selbstgenutzten Wohneigentums. Gemessen an einigen spezifischen Segmenten des Wohnungsmarktes erscheinen diese Anteile sehr niedrig; man muß allerdings berücksichtigen, daß es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die auf der Grundlage sehr heterogener Einzelangaben errechnet werden. In die Berechnung gehen sowohl ländliche Regionen ein als auch großstädtische Ballungszentren; Wohneigentum ebenso wie Mietwohnraum; der frei finanzierte Wohnungsbau neben dem steuerbegünstigten und sozialen Wohnungsbau; sowohl Altbauten wie auch Neubauten und schließlich gutausgestattete Wohnungen in bester Wohnlage ebenso wie Wohnungen mit schlechter Ausstattung und schlechter Lage. Darüber hinaus haben auch die verschiedenen sozio-demographischen und sozio-ökonomischen Merkmale der privaten Haushalte einen erheblichen Einfluß auf die relative Mietbelastung.

Unterschiede bei der relativen Mietbelastung zwischen verschiedenen Haushaltstypen

Die sozialen Unterschiede bei der relativen Mietbelastung werden bereits durch einen Blick auf die drei ausgewählten Haushaltstypen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen deutlich (s. Graphik 1). So müssen 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnungsmieten aufwenden als 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen sowie 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. Unabhängig von diesen Niveauunterschieden können große Ähnlichkeiten in den zeitlichen Verläufen festgestellt werden: Die relative Mietbelastung steigt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und dann wieder in der ersten Hälfte der achtziger Jahre jeweils deutlich an. Dagegen bewegt sie sich in den fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre sowie in den siebziger Jahren auf annähernd konstantem Niveau.

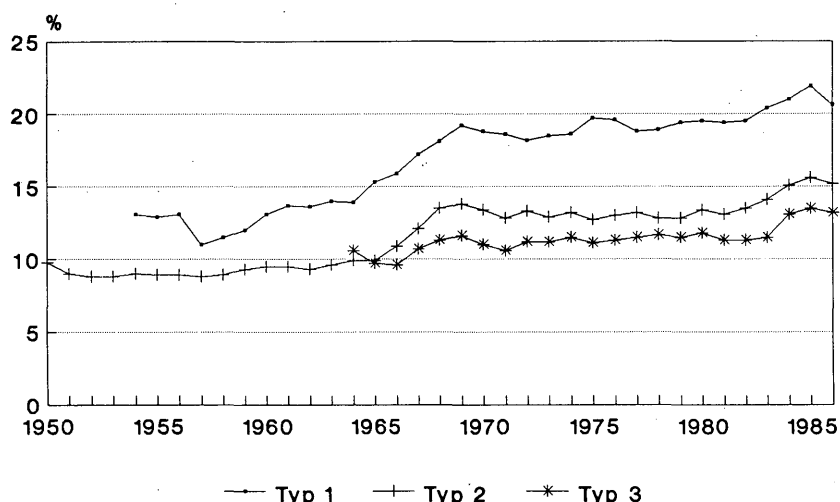
Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen machen es möglich, die langfristigen Ent-

Tabelle 1: Die Entwicklung der relativen Mietbelastung aller privaten Haushalte

Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%
1960	8,0	1969	10,5	1978	11,6
1961	8,5	1970	10,1	1979	11,7
1962	8,3	1971	10,3	1980	12,0
1963	8,8	1972	10,4	1981	12,4
1964	8,8	1973	10,9	1982	12,9
1965	8,7	1974	11,0	1983	13,4
1966	9,3	1975	11,1	1984	13,7
1967	10,1	1976	11,2	1985	14,0
1968	10,4	1977	11,5	1986	13,6

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 1
Entwicklung der relativen Mietbelastung
bei verschiedenen Haushaltstypen



— Typ 1 + Typ 2 * Typ 3

Typ 1: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
 Typ 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Ehemannes
 Typ 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

wicklungen des Anteils der Wohnungsausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen detailliert zu betrachten. Soziale Vergleiche können aber nur in sehr eingeschränkter Form zwischen den drei erfaßten Haushaltstypen angestellt werden. Bessere Möglichkeiten in dieser Hinsicht bieten die Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Allerdings sind hier wiederum zeitbezogene Analysen nicht im gleichen Umfang wie bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen möglich.

Haushaltsgröße und sozialrechtliche Stellung des Haushaltsvorstandes beeinflussen die relative Mietbelastung

Betrachtet man auf der empirischen Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichproben die relative Mietbelastung in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße (vgl. Tabelle 2), so weisen die 1-Personen-Haushalte zu allen fünf Zeitpunkten einen weit höheren Anteil der Wohnungsausgaben am Haushaltsnettoeinkommen auf als alle anderen Haushaltsgrößen. Differenziert man nach der sozialrechtlichen Stellung des Haushalts-

vorstandes, dann sind es die privaten Haushalte von Landwirten sowie Nichterwerbstätigen, deren relative Mietbelastung die der anderen sozialrechtlichen Stellungen deutlich übersteigt. Bei den Haushalten von Landwirten mag dies in

erster Linie auf die fiktiven Kosten des selbstgenutzten Wohneigentums zurückzuführen sein. Die eigentliche Ursache der hohen relativen Mietbelastung von Nichterwerbstätigenhaushalten ist deren in vielen Fällen vorhandene Einkommensschwäche. Sie erklärt auch den hohen Anteil der Wohnungsausgaben am verfügbaren Einkommen von 1-Personen-Haushalten.

Schwabesches Gesetz weiterhin gültig

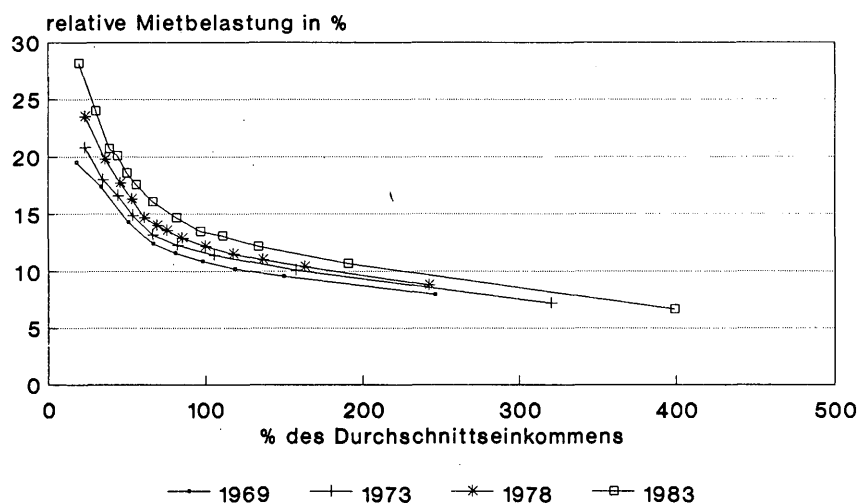
Zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und der relativen Mietbelastung privater Haushalte besteht ein eindeutig negativer Zusammenhang. Auf diesen Tatbestand weist bereits das sogenannte Schwabesche Gesetz hin; es trifft für alle Jahre, in denen Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt wurden, gleichermaßen zu. Die Graphik 2 zeigt vier Kurven, die den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Wohnungsausgaben und der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens in den Jahren 1969, 1973, 1978 und 1983 anzeigen. Zur besseren Vergleichbarkeit über die Zeit wurden die Haushaltsnettoeinkommen — es handelt sich um die Durchschnittswerte der jeweiligen Einkommensklassen — nicht in absoluten Beträgen sondern als Prozentwerte des durchschnittlichen Nettoeinkommens aller privaten Haushalte angegeben.

Tabelle 2: Relative Mietbelastung nach Haushaltsgröße und sozialrechtlicher Stellung des Haushaltsvorstandes

	1962 / 63	1969	1973	1978	1983
1-Personen-Haushalte	14,7	14,1	14,7	15,6	16,8
2-Personen-Haushalte	8,9	10,6	11,2	11,8	12,7
3-Personen-Haushalte	8,4	9,9	10,4	10,9	12,3
4-Personen-Haushalte	8,1	9,9	10,8	11,2	12,1
5 u.m.-Pers.-Haushalte	7,7	10,0	11,1	11,5	12,4
Landwirt		10,6	13,8	14,1	14,6
Selbständiger	7,0	9,1	9,5	9,3	10,6
Beamter		9,7	9,7	10,4	11,3
Angestellter		10,0	10,6	10,8	11,7
Arbeiter		10,2	10,9	11,6	13,2
Nichterwerbstätiger	11,5	12,9	13,9	14,7	16,1
Haushalte insgesamt	8,9	10,6	11,3	12,0	13,2

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 2
Zusammenhang zwischen relativer
Mietbelastung u. Haushaltsnettoeinkommen



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Die vier Kurven belegen auch die generelle Zunahme der relativen Mietbelastung im Zeitraum zwischen 1969 und 1983. Der nahezu parallele Verlauf ist ein Hinweis darauf, daß der grundlegende Zusammenhang zwischen dem Anteil der Wohnungsausgaben und der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens im Zeitverlauf konstant geblieben ist.

Deutliche Zunahme der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung

Da die relative Mietbelastung privater Haushalte sehr stark streut, gehen in die Berechnung des Durchschnittswertes sowohl Privathaushalte mit extrem niedrigen als auch solche mit sehr hohen Wohnungsausgaben ein. Deshalb werden neben der durchschnittlichen Belastung zusätzliche Informationen darüber benötigt, bei wievielen und bei welchen privaten Haushalten die Wohnungsausgaben einen bestimmten, gerade noch als tragbar angesehenen Einkommensanteil überschreiten. Die Festlegung dieser Belastungsgrenze muß zwangsläufig in großem Umfang auf willkürlichen Annahmen basieren. In der wohnungspolitischen und wohnungswissenschaftlichen Diskussion haben zwanzig Prozent des Haushaltsnettoeinkommens als gerade noch tragbare Belastung lange Zeit die größte Zustimmung gefunden. Gegen-

wärtig wird dieser Anteil allerdings in zunehmenden Maße als Belastungsgrenze in Frage gestellt.

Der Anteil der Hauptmieterhaushalte, die zwanzig Prozent oder mehr ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Wohnungsmiete aufwenden, hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen: Von sechs Prozent im Jahr 1957 bis auf über 39 Prozent im Jahr 1982 (vgl. Tabelle 3). Hohe relative Mietbelastungen treten insbesondere bei 1-Personen-Haushalten häufig auf. Im Jahr 1957 war jeder vierte davon betroffen, 1982 sogar jeder zweite 1-Personen-Haushalt. Ende der fünfzi-

ger und Anfang der sechziger Jahre bestand ein eindeutig negativer Zusammenhang zwischen dem Anteil der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung und der Haushaltsgröße. Bereits bei den 3-Personen-Haushalten lag dieser Anteil jeweils unter fünf Prozent und bei den 5 u.m.-Personen-Haushalten wendeten nur zwei von hundert Haushalten mehr als zwanzig Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Wohnungsmiete auf.

Seit Beginn der siebziger Jahre treten hohe relative Mietbelastungen nicht nur bei den 1-Personen-Haushalten sondern auch bei allen anderen Haushaltsgrößen immer häufiger auf, und bis zum Jahr 1982 sind jeweils ein gutes Viertel bzw. ein knappes Drittel der entsprechenden Haushalte davon betroffen. Der zunächst eindeutig negative Zusammenhang mit der Haushaltsgröße konnte im Jahr 1972 nicht mehr festgestellt werden. Mit Ausnahme der 1-Personen-Haushalte liegt der Anteil der privaten Haushalte mit einer Mietbelastung von mehr als zwanzig Prozent des Haushaltsnettoeinkommens bei allen anderen Haushaltsgrößen auf ungefähr dem gleichen Niveau. In den folgenden Jahren ist dann — wieder mit Ausnahme der 1-Personen-Haushalte — sogar ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung und der Haushaltsgröße festzustellen.

Der Anstieg der durchschnittlichen relativen Mietbelastung und der steigende Anteil der privaten Haushalte mit einer Belastung des Haushaltsnettoeinkommens durch Wohnungsmieten von mindestens zwanzig Prozent ist auf zwei

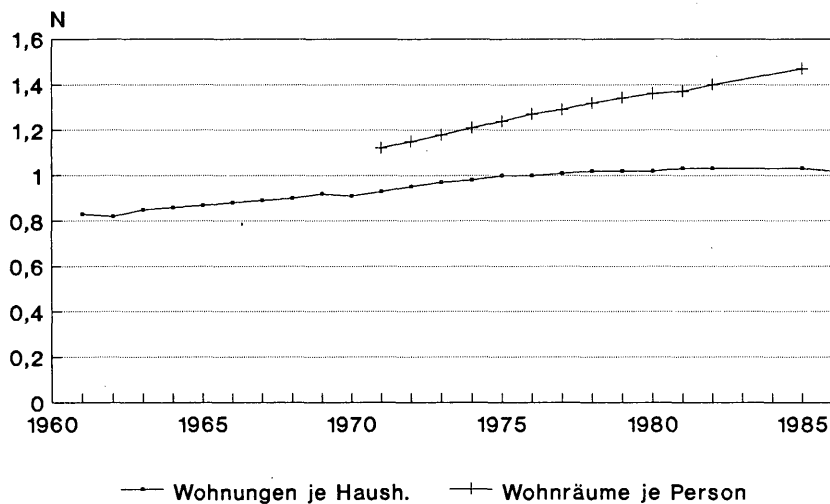
Tabelle 3: Anteil der Hauptmieterhaushalte mit einer Mietbelastung des Haushaltsnettoeinkommens von zwanzig Prozent und mehr

	1957	1960	1972	1978*	1980*	1982*
1-Personen-Haushalte	25,4	31,5	35,5	43,3	49,4	54,3
2-Personen-Haushalte	6,5	8,0	15,3	20,2	22,9	27,6
3-Personen-Haushalte	3,0	4,1	14,0	21,4	24,6	30,3
4-Personen-Haushalte	2,1	3,1	14,7	23,6	26,8	30,8
5 u.m.-Pers.-Haushalte	1,7	2,2	14,9	25,1	27,0	32,7
Insgesamt	6,0	8,5	20,6	29,1	33,7	39,1

* Hauptmieterhaushalte mit einem monatlichen Einkommen bis 5000 DM

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 3
Entwicklung der Versorgung mit
Wohnungen und Wohnräumen



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

grundsätzlich verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen sind, bedingt durch die für die Anbieterseite häufig günstigere Situation auf den Wohnungsmärkten, die Mieten stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten insgesamt und auch stärker als die Realeinkommen der privaten Haushalte. Zum anderen hat sich das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte dahingehend verändert, daß größere und besser ausgestattete Wohnungen beansprucht werden, für die auch höhere Wohnkosten aufzuwenden sind.

Versorgungsniveau mit Wohnungen und Wohnräumen — ein Kapazitätsproblem und ein Verteilungsproblem

Die erste grundlegende Frage bei der Darstellung zentraler quantitativer und qualitativer Aspekte der Wohnungsversorgung lautet, ob überhaupt Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Um sie zu beantworten, muß der Wohnungsbestand auf die Zahl der privaten Haushalte bezogen werden. Dabei gibt es einige Gründe für die Annahme, daß sowohl die Zahlen des Wohnungsbestandes als auch der privaten Haushalte fehlerhaft ausgewiesen werden und demzufolge die einzelnen Jahreswerte des Indikators »Wohnungen je Haushalt« ebenfalls fehlerbehaftet sein können. Ungeachtet dieses statistischen Problems

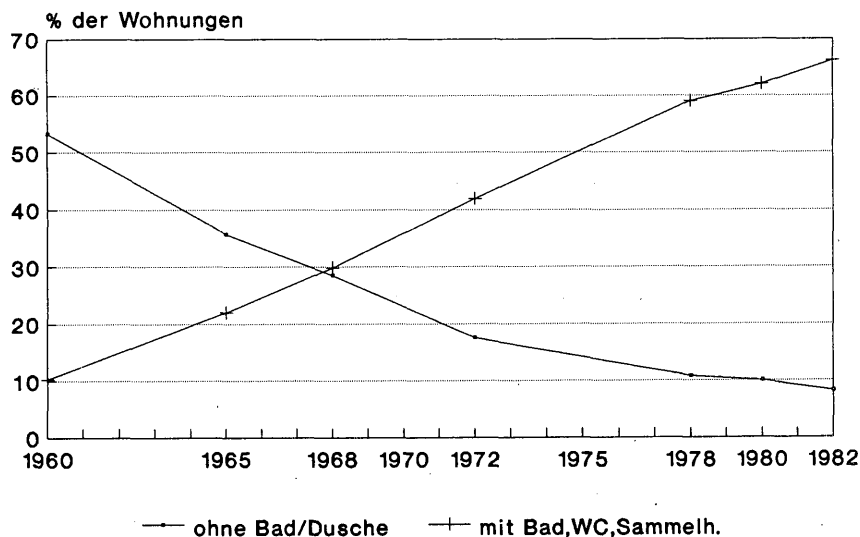
erreicht erst Mitte der siebziger Jahre die Zahl der vorhandenen Wohnungen die der privaten Haushalte. Seitdem stagniert der Indikator auf einem Wert knapp über 1 (s. Graphik 3).

Aus mindestens drei Gründen kann daraus allerdings nicht gefolgert werden, der Wohnungsmarkt befände sich im Gleichgewicht. So können erstens die regionale

Verteilung des Wohnungsbestandes und der privaten Haushalte sehr unterschiedlich sein; zweitens ist damit nicht gewährleistet, daß die Größenstrukturen des Wohnungsbestandes und der Privathaushalte aufeinander abgestimmt sind; und drittens bedarf es eines bestimmten Wohnungsüberhangs als sogenannter »Fluktuationsreserve«, damit eine gewisse Wohnungsmobilität, die aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswert ist, überhaupt stattfinden kann.

Der Indikator »Wohnungen je Haushalt« ist hauptsächlich auf die elementare Funktion einer Wohnung bezogen, Familien bzw. privaten Haushalten eine geschützte und private Sphäre zu gewährleisten. Dagegen gibt der Indikator »Wohnräume je Person« in erster Linie Auskunft über die vielfältigen, auf individuellen Bedürfnissen basierenden Nutzungsmöglichkeiten der Wohnung. Für diesen Indikator kann eine methodisch konsistente jährliche Zeitreihe seit 1971 konstruiert werden. Bereits damals lag der Indikator deutlich über dem Wert 1 und ist seitdem kontinuierlich bis auf gegenwärtig fast 1,5 gestiegen. Das bedeutet, der in der Bundesrepublik vorhandene Bestand an Wohnräumen reicht eigentlich aus, jedem Einwohner einen eigenen Raum zur Verfügung zu stellen. Hohe Belegungsdichten bzw. Überbelegungen von Wohnungen sind deshalb

Graphik 4
Entwicklung der Wohnungsqualität



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

heute anders als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und auch noch in den fünfziger Jahren weniger ein Kapazitäts- sondern vielmehr ein Verteilungsproblem.

Erhebliche Verbesserung der Wohnungsqualität

Nicht an den quantitativen sondern den qualitativen Aspekten der Wohnungsver-sorgung orientiert sind die beiden Indikatoren »Anteil der Wohnungen ohne Bad« und »Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung«. Während der erstgenannte das Unterschreiten eines soziokulturellen Mindeststandards anzeigt, ist der zweite auf das im heutigen Wohnungsbau übliche sanitäre Ausstattungsniveau bezogen.

Betrachtet man die Entwicklung der beiden Indikatoren von 1960 bis 1982, dann fällt auf, daß sich die jeweiligen Anteile auch numerisch beinahe exakt gegenläufig entwickeln (s. Graphik 4). Noch im Jahr 1960 wies mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes nicht die sanitäre Mindestausstattung auf; über Bad, WC und Sammelheizung verfügten nur rund zehn Prozent der Wohnungen. Im Jahr 1968 hielten sich dann beide Anteile ungefähr die Waage: Knapp 29 Prozent der Wohnungen hatten kein Bad, knapp 30 Prozent waren mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. Die gegenwärtig aktuellsten Daten der amtlichen Statistik über die Ausstattung des Wohnungsbestandes mit sanitären Einrichtungen liegen für das Jahr 1982 vor. Nur noch acht Prozent der vorhandenen Wohnungen sind ohne Bad, aber rund zwei Drittel haben Bad, WC und Sammelheizung.

Wohnungszählung und Spätaussiedler als Gründe der gegenwärtigen wohnungspolitischen Diskussion

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum gerät vor allem dann in das öffentliche Interesse und die politische Diskussion, wenn Engpässe oder Probleme bei der Wohnungsver-sorgung festgestellt oder auch nur vermutet werden. Sofern sie auf Funktionsmängel des Wohnungsmarktes zurückgeführt werden, mehren sich dann die Stimmen, die eine stärkere Einflußnahme der öffentlichen Hand propagieren. Die gegenwärtige wohnungspolitische Diskussion hat vorwiegend zwei Gründe: Erstens macht

die zusammen mit der Volkszählung im Jahr 1987 durchgeführte Wohnungszählung eine Korrektur des fortgeschriebenen Wohnungsbestandes notwendig, weil der durch die Fortschreibung ermittelte Wohnungsbestand den tatsächlich vorhandenen Bestand überschätzt hat. Damit stellt sich die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung insgesamt ungünstiger dar als allgemein angenommen wurde. Und zweitens sind die in der

jüngsten Zeit in größerer Zahl nach Deutschland zugewanderten Spätaussiedler aus Osteuropa eine wohnungspolitische Problemgruppe, deren Wohnungsbedarf rasch befriedigt werden muß, wozu der Wohnungsmarkt alleine aus vielfältigen Gründen aber kaum in der Lage ist.

*Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)*

Modernisierung in Ungarn

Ein neuer Beitrag zur Sozialberichterstattung

Einführung des Mehrparteiensystems, Aufhebung der Beschränkungen für Westreisen, Gewerkschaftsgründungen, Pressefreiheit, Neuordnung der Wirtschaft! Diese und viele andere Innovations- und Liberalisierungstendenzen machen deutlich: Ungarn befindet sich in einer Situation des Umbruchs.

Einen aktuellen Beitrag zu den Hintergründen dieser Entwicklungen stellt der Bericht von Rudolf Andorka und István Harcsa dar, der sich mit den Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Veränderungen auf das gesellschaftliche Leben in Ungarn befaßt.

Der vorliegende Sozialbericht präsentiert ein System sozialer Indikatoren, das darauf abzielt, die kurz- und langfristigen Prozesse und Ergebnisse der Modernisierung zu messen. Ungarn wird dabei als eine Gesellschaft betrachtet, die den Zustand der Modernität noch nicht erreicht hat und in der die soziale Modernisierung akute Probleme aufwirft.

Das Indikatorensystem beinhaltet die Subsysteme Sozialstruktur, soziale Mobilität, Bevölkerung, Bildung, Beschäftigung, Einkommen, Konsum, Wohnbedingungen, Gesundheit, Zeitverwendung und abweichendes Verhalten. Für alle diese Bereiche werden die insgesamt ca. 140 Indikatoren in Form von Zeitreihen vorgelegt, die zum Teil bereits im 19. Jahrhundert beginnen und bis in die Mit-

te der achtziger Jahre reichen. Die Modernisierungstheorie und die Perspektive der wohlfahrtsorientierten Messung der Lebensbedingungen bilden den Bezugsrahmen für eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung mithilfe der spezifizierten sozialen Indikatoren.

Auf der Basis der Indikatorzeitreihen und ergänzenden empirischen Materialien werden die Entwicklungstendenzen, Erfolge und Fehlschläge von Modernisierungsbemühungen, soziale Probleme und die Ursachen gesellschaftlicher Spannungen bis in die jüngste Gegenwart aufgezeigt. So kann z.B. anhand der verwendeten Indikatoren nachvollzogen werden, wie eine Periode schneller Modernisierungsgewinne — ausgelöst durch die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre — durch die abrupte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre beendet wurde und nachfolgend eine Reihe von negativen Entwicklungen einsetzten.

Sinkende Realeinkommen in der offiziellen Wirtschaft hatten eine weitgehende Stagnation des Lebensstandards zur Folge und riefen ein zunehmendes Engagement in der sekundären Ökonomie hervor. Diese mehr und mehr legalisierten Aktivitäten außerhalb der offiziellen Wirtschaft erwiesen sich für breite Bevölkerungsteile als einzige Möglichkeit, das Lebensniveau zu erhalten oder in einzelnen Bereichen, z.B. hinsichtlich der in